



T +41 31 326 66 04
E urs.scheuss@gruene.ch

Eidg. Steuerverwaltung
Eigerstrasse 65
3003 Bern

per E-Mail an vernehmlassungen@estv.admin.ch

20. April 2020

09.503 Pa.Iv. Stempelsteuer schrittweise abschaffen und Arbeitsplätze schaffen; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Im Zusammenhang mit der Vernehmlassung zu den Vorentwürfen 2 und 3 „09.503 Pa.Iv. Stempelsteuer schrittweise abschaffen und Arbeitsplätze schaffen“ haben Sie die GRÜNEN zur Stellungnahme eingeladen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, uns zur Vorlage zu äussern.

Die GRÜNEN lehnen die Abschaffung der Stempelsteuer grundsätzlich ab und beantragen, nicht auf die beiden Vorlagen einzutreten. Stattdessen fordern die GRÜNEN, die Stempelsteuer aufgrund klimaverträglicher Kriterien abzustufen. Darauf zielt auch das Postulat 19.3767 Thorens „Finanzsystem und Klima. Studie über den Sinn einer von Klimaverträglichkeitskriterien geleiteten Abstufung der Stempelsteuer und über das Vorgehen“ ab.

Der Finanzplatz Schweiz soll sich angemessen an der Finanzierung des Staates beteiligen, da er in hohem Masse von den Infrastrukturen, welcher der Staat zur Verfügung stellt, profitiert. Die Abschaffung der Stempelsteuer würde zudem zu einer weiteren steuerlichen Bevorteilung des Finanzsektors führen, da dieser bereits von der Mehrwertsteuer befreit ist.

Zudem bezweifeln die GRÜNEN die Notwendigkeit der Abschaffung der Stempelsteuer, da der Finanzplatz Schweiz schon seit Jahren seine Attraktivität unter Beweis stellt. Des Weiteren ist es in Anbetracht der zahlreichen laufenden oder anstehenden Steuerreformen unverantwortlich, auf die Einnahmen aus der Stempelabgaben zu verzichten. Zudem bezweifeln die GRÜNEN, dass die Abschaffung der Stempelabgaben die erhofften Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung hat. Selbst wenn die erwarteten Wachstumseffekte einträten, würde dies gemäss der Studie „Schrittweise Abschaffung der Stempelabgaben“ der Arbeitsgruppe der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) zu Mindereinnahmen des Bundes in der Höhe von 1 Mrd. CHF führen (Seite 96).¹

¹ <https://www.estv.admin.ch/estv/de/home/allgemein/steuerpolitik/fachinformationen/berichte.html#1592057105>

Die GRÜNEN lehnen die Vorlage aus folgenden Gründen ab:

- Die GRÜNEN bedauern, dass auf Massnahmen zur Gegenfinanzierung der erwarteten Steuerausfälle verzichtet wurde. Da es Grund zu Zweifel gibt, dass das erwartete Wachstum die Steuerausfälle wettmacht, erscheint es aus Sicht der GRÜNEN unverantwortlich, auf die Einnahmen aus der Stempelsteuer zu verzichten. Ohne finanzielle Kompensation führt dies unweigerlich zu einer Reduktion des Budgets des Bundes. Die GRÜNEN befürchten, dass dies zu Kürzungen in anderen Bereichen, wie der Umwelt und der sozialen Sicherheit, führen wird.
- Die GRÜNEN sind der Meinung, dass die Abgabe auf Sach- und Vermögensversicherungen beibehalten werden muss. Denn die Stempelsteuer stellt eine Kompensation dafür dar, dass Sach- und Vermögensversicherungen nicht im Rahmen der Mehrwertsteuer besteuert werden.
- Die GRÜNEN sprechen sich ebenfalls gegen die Abschaffung der Abgabe auf Lebensversicherungen aus, solange diese Art der Anlage bei der Einkommensbesteuerung gegenüber anderen Arten von Anlagen bevorzugt behandelt wird.

Anstatt einer Abschaffung der Stempelsteuer verlangen die GRÜNEN eine von Klimaverträglichkeitskriterien geleitete Abstufung der Stempelsteuer. Denn der Schweizer Finanzplatz ist einer der grössten der Welt und verursacht rund 22 Mal soviel Treibhausgasemissionen wie die ganze Schweiz.² Dies steht im Widerspruch mit dem Pariser Klimaabkommen, wonach die Finanzflüsse in Einklang mit einer emissionsarmen und gegenüber Klimaveränderungen widerstandsfähigen Entwicklung zu bringen sind. Aus diesem Grund fordern die GRÜNEN eine Anpassung der Stempelsteuer, damit sie mit einer Lenkungsfunction Anreize für die Investitionen in eine Wirtschaft mit geringem CO₂-Ausstoss setzt. Eine solche Abstufung würde auch zu einer besseren Internalisierung der Kosten von Klimarisiken beitragen. Hierdurch würden weniger Steuerausfälle zu verbuchen sein und gleichzeitig würde das Finanzrisiko durch die Klimakrise für den Finanzplatz reduziert.

Alternativ würden die GRÜNEN statt einer allgemeinen Abschaffung der Stempelsteuer, eine Befreiung von nachhaltigen Finanz-Produkten, wie etwa von Green Bonds, von der Stempelsteuer ebenfalls befürworten. Hierdurch könnte der Handel von nachhaltigen Finanzprodukten am Schweizer Finanzplatz gefördert werden und die verursachten Treibhausgasemissionen des Finanzplatz würden reduziert werden. Eine weitere Alternative ist die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.



Regula Rytz
Präsidentin



Urs Scheuss
stv. Generalsekretär

Grüne / Les Verts / I Verdi
Waisenhausplatz 21 | 3011 Bern

² <https://www.energiestiftung.ch/id-2018-1-finanzplatz-schweiz-und-klimaschutz.html>